

Die gerade Spur halten...

Saudische Frauen streiten für mehr gesellschaftliche Rechte und das Königshaus verfolgt einen anscheinend widersprüchlichen Kurs

Von Islamwissenschaftler Menno Preuschaft

Münster, 4. Oktober 2011 (exc) Die unterschiedlichen Nachrichten der letzten Tage aus Saudi-Arabien bezüglich der Politik des Königshauses gegenüber saudischen Frauen riefen angesichts des Kurses, welchen König Abdullah in dieser Frage verfolgt, weltweit zunächst zustimmende Aufmerksamkeit, dann verständliche Empörung und insgesamt wohl einige Verwirrung hervor: Am 25. September 2011 verlautbarte König Abdullah, saudischen Frauen für die übernächsten Kommunalwahlen im Jahr 2015 nicht allein den Gang an die Urnen zu erlauben, sondern darüber hinaus auch die Kandidatur von Frauen für die zu wählenden Gremien zuzulassen. Zugleich wollte er selbst bei der Zusammenstellung des neuen Schura-Rates, der auf dem Weg der Beratschlagung dem König Empfehlungen für die Ausrichtung seiner Politik geben kann, auch weibliche Stimmen berücksichtigen, um damit die gesellschaftliche Rolle und die Partizipationsmöglichkeiten der Frauen zu stärken und zu erweitern. Wurden diese Ankündigungen im In- und Ausland als bedeutender Schritt begrüßt, so hatte die Nachricht vom Urteil gegen Schaima Jastaina vom 27. September weltweite – auch saudische – Empörung zur Folge: Sie hatte sich entgegen das für Frauen geltende Fahrverbot hinter das Steuer eines Autos gesetzt, um für mehr Bewegungsfreiheit und Rechte von Frauen zu demonstrieren, wie dies in den vergangenen Monaten auch andere saudische Frauen getan hatten. Hierfür wurde sie von einem Gericht zu 10 Peitschenhieben verurteilt. Der widersprüchlichen Maßnahmen und Ankündigungen nicht genug, hob König Abdullah am 28. September das Urteil gegen Jastaina wieder auf.

Um die Widersprüchlichkeit dieser Nachrichten einordnen zu können, ist es zunächst

notwendig, sich die Grundkonstitution des saudischen Königreichs zu vergegenwärtigen: Die Herrschaft des Königshauses legitimiert sich zuallererst durch ihre Verpflichtung und ihr Selbstverständnis als Hüter der „reinen“ islamischen Lehre und der heiligen Stätten von Mekka und Medina, die sich auf saudischem Territorium befinden. Diese „reine“ islamische Lehre wird dabei nach der Auslegung und Lehre des Muhammad Ibn Abd al-Wahhab verstanden, weshalb den „wahhabitischen“ Religionsgelehrten des Landes eine nicht gering zu schätzende Machtstellung zukommt: Ihre Stimmen haben maßgebliches Gewicht bei der Beurteilung der Übereinstimmung des politischen Handels mit den islamischen Glaubensgrundsätzen und damit über die Rechtmäßigkeit der Staatsführung. Neben dieser Verknüpfung von politischer Macht und religiös-konservativer Ideologie äußern sich auch die bis heute wirksamen Stammesstrukturen und deren tradierte Normen in einem in weiten Teilen der Gesellschaft vorherrschenden Konservativismus. Beide Elemente, religiöser Purismus und tradierter Konservativismus, bestimmen maßgeblich auch das Geschlechterverhältnis und die Stellung der Frau im Königreich und können zur Erklärung der jüngsten Meldungen dienen.

In offiziellen Regierungsäußerungen, politischen Edikten und religiösen Rechtsgutachten wird seit Jahren das Bild einer „idealen islamischen Frau“ propagiert. Dieses Bild zeichnet sie zuallererst als Ehefrau und Mutter. Ihr Platz ist innerhalb der Familie, dem „Grundpfeiler der Gesellschaft“, während der Mann in seinen verschiedenen Rollen als Vater, Ehemann oder auch Sohn als ihr Beschützer fungiert. Frauen kommt in dieser Rollenverteilung zuallererst die Erziehung der Kinder entsprechend den traditionellen Werten zu. Sie erfüllen damit eine zentrale Aufgabe bei der Stabilisierung des gesellschaftlichen Systems. Zwar findet sich keine religiöse Begründung für das Fahrverbot für Frauen, das daher mit Verweis auf die Traditionen des Landes gerechtfertigt wird. Dennoch kommt das als islamisches Ideal der Frau propagierte Bild seinen Befürwortern als zusätzliche argumentative Stütze entgegen.

Indes ist auch das Königreich in den letzten Jahren nicht frei geblieben von gesellschaftlichen Strömungen und Ideen, die man mithin als liberal bezeichnen kann.

Bereits seit Anfang der 1990er Jahre und verstärkt mit Beginn des 21. Jahrhunderts verschafft sich eine intellektuelle Elite über das Satellitenfernsehen aber auch über Tageszeitungen wie *al-Watan* und *Okaz* vermehrt Gehör und fordert – immer im Kontext einer machtmonopolistischen Monarchie – mehr politische Mitwirkungsmöglichkeiten. In den Kreis dieser gebildeten Elite gehören auch zahlreiche Frauen, meist Universitätsprofessorinnen, Ärztinnen und Lehrerinnen, die es verstehen, die gesellschaftliche Stellung der Frau zum öffentlichen Thema zu machen und sich auch auf Seiten der saudischen Männer Verbündete zu suchen.

Als solch ein Verbündeter scheint auch König Abdullah selbst aufzutreten: Nicht nur die jüngsten Ankündigungen zur politischen Partizipation von Frauen sprechen eine solche Sprache, auch die Berufung von Norah al-Faiz zur stellvertretenden Bildungsministerin als erste Frau in einem solch hohen politischen Amt, die Einberufung von Frauen in Führungsgremien regionaler Industrie- und Handelskammern, die Durchführung eines „Women's Leadership Forum“ in Jeddah im Dezember 2010 und auch die Teilnahme von Frauen an den Diskussionsforen des „Zentrums für nationalen Dialog“ in allen Regionen des Landes sind nur einige Beispiele von Maßnahmen, die mit der Unterstützung und auf Initiative des Königs in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden. All dies sind aus europäischer Perspektive sicherlich keine revolutionären Schritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter im saudischen Königreich. In Anbetracht der Ausgangslage sind sie es aber sicher wert, zur Kenntnis genommen zu werden.

Aus Sicht anderer Kräfte, allen voran des religiösen Establishments, stellen die Reformschritte des Königs, zu denen eben auch Maßnahmen der Aufwertung der rechtlichen Stellung von Frauen gehören, indes einen Angriff auf ihre Machtposition im saudischen Ordnungssystem dar. Sicher ist, dass viele innerhalb der Reihen der Religionsgelehrten den Verlust an Einfluss fürchten, etwa dadurch, dass liberaleren Stimmen qua königlicher Unterstützung Freiräume zur Mitsprache in Medien, Dialogforen, Kommunalgremien und im Schura-Rat gegeben werden. Vor diesem Hintergrund darf durchaus angenommen werden, dass das Urteil gegen Schaima Jastaina auch der

öffentlichen Bekräftigung der gesellschaftlichen Rolle des religiösen Establishments als Hüter über eine konservative saudische Moral gegolten hat und als Signal verstanden werden kann, dass dieses von seiner Position nicht weichen will.

Die Aufhebung des Urteils durch König Abdullah wiederum darf auch im Kontext der veränderten gesamtpolitischen Lage der arabischen Welt gedeutet werden: Sein Vorgänger, König Fahd, hatte im Jahr 1990 auf den Protest von 50 saudischen Frauen – davon einige Lehrerinnen – noch mit deren Entlassung aus dem Staatsdienst und dem Einzug der Reisedokumente ihrer Ehemänner reagiert. So konnte er diesen Vorfall als Gelegenheit nutzen, Kritik aus dem islamistisch-oppositionellen Lager angesichts der Stationierung US-amerikanischer Truppen auf saudischem Boden im Kontext der Golf-Krise zu unterbinden und sich in seiner Position als Wächter und Garant für Moral zu profilieren. Heute ist sich Abdullah indes gewahr, dass die Vollstreckung des Urteils zu einigen Protesten bei seinen Landsleuten geführt hätte – wobei Annahmen über das Ausmaß solcher Proteste reine Spekulation wären.

Wie schon in den Wochen und Monaten zuvor ist Abdullah bemüht, jeden Anlass der Destabilisierung der innenpolitischen Lage zu vermeiden und sich als Reformier darzustellen, um damit die Solidarität seiner Untertanen zu ihm als Person und zum Königshaus insgesamt zu sichern. Gelingt ihm dies durch monetäre Zugeständnisse in weitem Umfang durchaus, so zeigt das jüngste Beispiel um die Reformierung der gesellschaftlichen Rolle der Frau, wie schwierig es ist, den verschiedenen Kräften des Landes und den eigenen Stabilitäts- und Machtinteressen gleichzeitig gerecht zu werden. Bei dem Unternehmen, sowohl die vom religiösen Establishment geforderte und dem Selbstverständnis geschuldete religiöse „gerade Spur“ politisch zu halten, als auch die liberalen Kräfte des Landes hinter sich zu bringen, handelt es sich auch für das saudische Königshaus um einen Balanceakt. Unter der Führung und dank des politischen und religiösen Gespürs König Abdullahs scheint dieser Balanceakt indes noch weitestgehend zu gelingen und die – aus seiner Sicht – gewünschten Ergebnisse zu zeigen.

Hinweis: Der Autor Menno Preuschaft ist Islamwissenschaftler am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Uni Münster. Er verfasst im Rahmen des Projekts D 12 „Vergleichende Studie zu Strategien der Pazifizierung religiöser Geltungsansprüche“ am Exzellenzcluster eine Dissertation zum Thema „Der Nationale Dialog im Königreich Saudi-Arabien – Eine Analyse des Diskurses zum inner-islamischen und inter-religiösen Dialog“.